

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe November/Dezember 2021

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Klimaschutz und die Sicherung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sind zwei der wichtigen großen Herausforderungen, denen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach der Bundestagswahl, dem G-20 Gipfel und der Weltklimakonferenz stellen müssen. Die Enttäuschung über die Ergebnisse des G-20 Gipfels, dass keine wirklich geeigneten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 beschlossen wurden, sind nicht nur bei Klimaaktivisten sehr groß. Ob wir in Deutschland, gegebenenfalls in der EU, deshalb im Alleingang entschiedenere, ambitioniertere klimapolitische Maßnahmen durchsetzen sollten, ist die Fragestellung, die wir wohlüberlegt hinsichtlich der vielfältigen Folgen unseres Handelns beantworten müssen. Würden wir damit wirklich eine Brückenfunktion gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern ausüben?

A blue ink signature of Adalbert Ewen, written in a cursive style.

Adalbert Ewen
Bundesvorsitzender

Manager und Wissenschaftler, die nicht unmittelbar aus der Umweltszene kommen, warnen davor und appellieren an Politik und Wirtschaft, auf ein Vorpreschen bei strengeren CO₂-Vorgaben zu verzichten. Nicht zuletzt die einheimische Wirtschaft und tausende von Arbeitnehmer/Innen würden massiv beeinträchtigt werden. Die jüngsten Stahlaktionstage der deutschen Gewerkschaften, Betriebsversammlungsverläufe und Kundgebungen zu den drohenden Arbeitsplatzverlusten in der Automobilindustrie und gegen ein überstürztes Vorziehen des Ausstiegszeitraums für den Braunkohleabbau zeigen, dass ein deutscher Sonderweg auch einen nicht zu unterschätzenden sozialen Sprengstoff beinhalten würde. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 ist wichtig und nachhaltig weiter zu verfolgen. Es darf aber nicht verabsolutiert werden. Es muss grundlegende Reformen und massive Investitionen geben. Insbesondere das Planungs- und Genehmigungsrecht ist radikal zu beschleunigen.

Alle Maßnahmen nutzen nur dann, wenn unsere weiteren nachzuverfolgenden Klimaschutzziele helfen, auch andere Länder zum Mitmachen zu motivieren. Viele Länder, nicht zuletzt die großen Schwellenländer, wollen ihre bisherigen wirtschaftlichen Aufhol- und Entwicklungsprozesse nicht abrupt ausbremsen lassen. Gelingt es uns, die neuen Umwelttechnologien so zu fördern, dass sie schnell international wettbewerbsfähig werden, überzeugt dies auch andere Staaten, die wichtigen Veränderungen rascher zu vollziehen. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur international gewonnen werden. National betrachtet müssen wir die Menschen und Unternehmen für einen beschleunigten Transformationsprozess gewinnen, indem die neue Bundesregierung sinnvolle soziale Ausgleichsmaßnahmen für die eintretenden Belastungen anbietet und den Unternehmen bei Investitionen in neue, klimaneutrale Verfahren die Mehrkosten gegenüber Investitionen in konventionelle Technik erstattet. Anzustreben ist auf jeden Fall, dass sich auch möglichst viele Länder und Regionen verbindliche Ziele setzen. Ein Club von "Willigen" könnte dann tatsächlich eine Lokomotivenfunktion ausüben.

Adalbert Ewen
CGB-Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



Kein Lohnersatz für Ungeimpfte in Quarantäne ist der falsche Ansatz



Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) kritisiert den Beschluss der Gesundheitsminister, Ungeimpften ab dem 01. November 2021 keinen Lohnersatz für Quarantäne mehr zu zahlen, als den falschen Ansatz für die Lösung eines durchaus nachvollziehbaren Problems.

Der grundsätzliche Gedankenansatz, nicht geimpften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Falle einer Quarantäne staatliche Unterstützungsleistungen zu verweigern, ist zwar nachvollziehbar: Würden sich die Arbeitnehmer/innen impfen, würden sie nicht in Quarantäne kommen und müssten auch nicht die Unterstützung der Solidargemeinschaft in Anspruch nehmen.

Andererseits hat sich die Politik gegen eine Impfpflicht der Bevölkerung entschieden. Sie muss damit auch die sich daraus ergebende Konsequenz berücksichtigen: Wer von der Freiheit der Nichtimpfung, die ihm der Staat einräumt, Gebrauch macht, hat ein Anrecht auf staatliche Hilfe in potentiell bzw. tatsächlich existenzbedrohenden Situationen, die infolgedessen entstehen. Die finanzielle Existenz kann schnell bedroht sein, wenn die von Quarantäne betroffenen nicht geimpften Arbeitnehmer/innen einen Verdienstaufschlag von einer Woche oder mehr haben, und das nicht nur einmal, sondern möglicherweise mehrmals im Jahr.

Der Beschluss der Gesundheitsminister bedeutet keine Lösung des Problems, sondern vielmehr eine Verlagerung hin zu den Unternehmen. Es ist davon auszugehen, dass die meisten von einer Quarantäne betroffenen Arbeitnehmer/innen sich krankschreiben lassen werden. Damit haben sie dann einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch ihren Arbeitgeber. Es ist folglich absehbar, dass die Kosten nur von der linken Tasche (= Staat) in die rechte Tasche (= Unternehmen) verlagert werden.

Durch die finanziellen Sanktionen steigt auch der Anreiz, sich nicht mehr zu testen. Weniger Tests bedeuten aber auch, dass weniger Infektionen auffallen werden. Die Zahl unerkannter Infektionsträger wird steigen, und damit wird auch das Risiko von Mutationen steigen. Konsequente Lösung des Dilemmas, dass ungeimpften Menschen, die mit ihrem Verhalten eine genügende Eindämmung der

Corona-Pandemie verhindern, im Falle einer Quarantäne staatliche Unterstützung gewährt werden muss, wäre die Einführung einer Impfpflicht. So lange sich die Politik um diese Entscheidung herumdrückt, darf sie Menschen, die von ihrer legitimen Freiheit Gebrauch machen, nicht in Existenzgefahr bringen oder sie zwingen, auf Unterstützung zu Lasten Dritter auszuweichen.

PM CGB im September 2021

* * * *

Aus den Gewerkschaften

CGM befürchtet Ende der Marke Opel und steht an der Seite der Mitarbeitenden



Die Planungen im Opel-Mutterkonzern Stellantis sehen die Ausgliederung der Produktion in Rüsselsheim und Eisenach aus Opel vor. Dies bedeutet eine gefährliche Aushöhlung der Marke Opel. Die Konkurrenz wie VW stärkt die einzelnen Marken, die jede ihren eigenen Entwicklungsvorstand haben. Opel hat schon seit Beginn des Jahres keinen eigenen mehr. Die Börse reagiert auf die Planungen der Produktionsauslagerung schon mit Aktiengewinnen, obwohl nicht klar ist, dass sich die Auslagerung der Produktion überhaupt für den Stellantis-Konzern rechnet. Produktionsverlagerungen zwischen den Werken werden nicht spürbar erleichtert. Sie sind seit vielen Jahren üblich. In der Presse werden schon Vergleiche zur Zerschlagung des Höchst-Konzerns gezogen. Der damalige Vorstandsvorsitzende Dormann hatte 1994 die Vernichtung der bis in den letzten Winkel der Welt bekannten Marke „Hoechst“ eingeleitet, um kurzfristig die Gewinne zu erhöhen. Dafür wurde er auch noch 1995 zum Manager des Jahres gekürt. Heute sieht die Wirtschaftspresse deutlich die Gefahren für die Produktionsstandorte und die Marke Opel.

Die Stellantis-Führung übersieht die verheerende Wirkung auf die Motivation der Mitarbeiter. Bei Opel in Rüsselsheim bspw. wurde die Belegschaft in den letzten 3 Jahren schon um über 40 % reduziert. Und es muss immer noch jeder 20. bis Jahresende gehen. Anschließend kommt dann neue Unruhe durch Entziehung des Opel-Kerns, der Produktion. Es wird Zeit, dass Stellantis seiner Verantwortung für die Marke Opel gerecht wird und nach den massiven Umstrukturierungen der vergangenen Jahre endlich etwas Ruhe einkehren lässt. Und Opel benötigt dringend wieder einen eigenen Entwicklungsvorstand. Ein gutes Unternehmen lebt von der Identifikation seiner Mitarbeiter mit ihrem Arbeitsplatz und ihren eigenen Produkten. Stellantis muss viel mehr Wert auf das betriebliche Vorschlagswesen legen. Der

neue Astra muss noch in diesem Jahr den Mitarbeitern in festlichem Rahmen präsentiert werden, wie es früher bei neuen Modellen üblich war. Die Stellantis-Führung hat offenbar ideologische Probleme mit der deutschen Mitbestimmung. Wie der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Uwe Baum zu Recht festgestellt hat, dient die Maßnahme vor allem der Schwächung des Opel-Gesamtbetriebsrates. Dieser war in den letzten Jahren sehr kooperativ.

Die CGM betont, dass der soziale Frieden in Deutschland wesentlich auf den Regeln aus dem Mitbestimmungsgesetz und dem BetrVG beruht. Vor allem weil es entsprechende Mitbestimmungsregeln in Frankreich und Italien nicht gibt, hat es in den letzten 50 Jahren in Frankreich und in Italien rund 10-mal so viele Streiktage gegeben wie in Deutschland. Möge ein Fachmann der Stellantis-Führung schnell die Vorteile der deutschen Mitbestimmung näherbringen.

Die CGM meint darüber hinaus, dass Rosinenpickerei nicht gut ankommt. Zum einen nutzt Stellantis die deutschen Regeln zur Kurzarbeit, um seine französischen Werke auszulasten. Zum anderen wolle Stellantis aber die deutsche Mitbestimmung umgehen. Die CGM steht im Kampf gegen die beabsichtigte Herauslösung der Produktion in Rüsselsheim und Eisenach an der Seite der Kolleginnen und Kollegen.

PM CGM im Oktober 2021

* * * *

KFG: Offener Brief wegen der Probleme der Kraftfahrer und Kraftfahrerinnen an die verantwortlichen Arbeitgeber und Politiker/innen.



In einer Pressemitteilung verweist der BGL (Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e.V.) auf einige Probleme in unserer Branche, die uns derzeit massiv in Sorge versetzen. Dazu gehört die elementare Frage des „Fahrermangel“!

Vorweg dazu folgende Stellungnahme der KFG: Eine große Zahl an Kraftverkehrsmeistern berichten uns seit Jahren nicht nur den Mangel an Fahrpersonal, sondern auch den Mangel an schulisch fähigen Schulabgängern für eine dreijährige Fachausbildung. Daher können weder Arbeitgeber noch unsere engagierten Mitglieder für diese Fehlentwicklungen auf der Bildungspolitischen Ebene verantwortlich gemacht werden. Rückblickend erweist sich unser Votum gegen die Führerscheinneuordnung aus dem Jahr 2000 als richtig. In den damaligen Anhörungsverfahren in Berlin im Verkehrsministerium wurden falsche Entscheidungen getroffen, wie das Umschreiben der Fahrerlaubnis der Soldaten im Anschluss an ihre Dienstzeit in eine zivile Fahrerlaubnis.

Ein Federstrich des Gesetzgebers und schon wären viele Möglichkeiten vorhanden!

Der nachvollziehbare Hinweis, dass ein Unternehmen nicht 10.000 € in die Ausbildung von jungen Menschen zum BKF investiert, und die Azubis danach zum Wettbewerber wechseln, sei auch keine besondere Motivation. Können auch wir verstehen und nachvollziehen. Doch kann von der Arbeitgeberseite her etwas dagegen unternommen werden? Zum Beispiel mit uns und durch zielorientierte Gemeinsamkeit mit einem kooperationswilligen Arbeitgeber. Es gibt bereits Betriebe, die haben das mit Hilfe des Betriebsrats und der Gewerkschaft erfolgreich im Arbeitsalltag umgesetzt.

Nun zum Einsatz von Fahrpersonal aus Drittländern in Deutschland! Hier verweisen wir auf das Übernachtungsverbot in den Fahrzeugen nach Artikel 8 der 561/2006/EG das in unseren Nachbarländern über Jahre sanktioniert wurde, nur eben nicht in Deutschland! Eine Anerkennung der Fahrerlaubnis dieser Drittländer für den Bereich des Wirtschaftsraumes der EU sollte es so nicht geben. Hier sind entsprechende und notwendige Vorgaben zu erarbeiten.

Dass der BGL nun entschlossen gegen das Sozialdumping argumentiert, findet wiederum unsere Unterstützung. Dreh- und Angelpunkt ist und bleibt dabei, die Rückkehrpflicht der Fahrer, etwa nach Litauen, Polen, etc. Und ja, auch wir fordern dies schon seit Jahren, wie man auf unserer Internetseite verfolgen kann! Wir verlangen seit Jahren die komplette Kontrolle der Kabotage! Und ja, auch die Vor- und Nachläufe.

Selbstverständlich auch mit den Daten der Maut – Systeme als Beweisgrundlage. Somit kann jeder Frachtvermittler oder Auftraggeber für die Nichtbeachtung von Kabotage – Vorgaben in volle Haftung für die entstandenen Schäden genommen werden und zusätzlich mit einer hohen Geldstrafe belegt werden.

Es gibt also wichtige Dinge, die angegangen werden müssen! Was hindert uns eigentlich daran, gemeinsam diese Dinge anzugehen, wenn man das gleiche Ziel hat?

PM KFG im Oktober 2021

* * * *

Nachlese: Gespräch mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern zum Thema Bürgerversicherung



Am 11.08.2021 trafen sich die Vertreter der Betriebsräteinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“, Ulrich Jaksch (Alte Oldenburger, 1.v.l.) und Uwe Runge (HALLESCHE,

2.v.r.) zu einem Austausch mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Sebastian Ehlers (1.v.r.). Dieses Gespräch war unter Vermittlung des DHV-Bundesvorsitzenden Henning Röders zustande gekommen, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm.

Die beiden Betriebsräte verdeutlichten Herrn Ehlers die Gefahr für die Arbeitsplatzsicherheit und die berufliche Existenz der Beschäftigten in den privaten Krankenversicherungen, die von den Plänen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKE zur Einführung der Bürgerversicherung ausgehen. Rund 90.000 Arbeitsplätze stünden nach Einschätzung der Betriebsräteinitiative auf dem Spiel. Für das deutsche Gesundheitssystem, das gerade in der Corona-Pandemie gezeigt habe, dass es zu den besten der Welt gehört, würde die Einführung einer Einheitsversicherung keinen Gewinn bringen. Im Gegenteil: Die hohe Qualität des deutschen Gesundheitssystems würde durch eine Einheitsversicherung aufs Spiel gesetzt und dem Traum vom "Ende der Zweiklassenmedizin" geopfert werden.

Der DHV-Bundesvorsitzende Henning Röders machte deutlich: Es gibt sicherlich unterschiedliche Meinungen über den Umfang des Reformbedarfs im Gesundheitswesen, und ob das bestehende duale System aus privater und gesetzlicher Krankenversicherung weiter Zukunftsperspektiven hat. Fakt ist aber, dass sich dieses seit seiner Einführung durch den Reichskanzler Bismarck bewährt habe. Und auch die Befürworter einer Bürgerversicherung müssen das legitime Interesse der Beschäftigten, sich für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und ihres Unternehmens einzusetzen, anerkennen.



Foto Gespräch mit Sebastian Ehlers 11.08.2021

Henning Röders und die Vertreter der Betriebsratsinitiative wiesen darauf hin, dass ver.di nach der maßgebend von ihr betriebenen gerichtlichen Aberkennung der Tariffähigkeit der Neuen Assekuranz Gewerkschaft und der DHV die im

privaten Versicherungsgewerbe tonangebende Gewerkschaft ist. Die Beschäftigten in den privaten Krankenversicherungen erkennen in ihrer überwiegenden Mehrheit ver.di aber nicht als ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung an, weil diese Gewerkschaft mit ihrem vehementen Eintreten für die Bürgerversicherung billigend die Gefährdung von bis zu 90.000 Arbeitsplätzen in Kauf nimmt. Die gerichtlichen Erfolge dieser Gewerkschaft sind ein billiger Aberwitz für die Beschäftigten der privaten Krankenversicherungen, die für die Tarifverhandlungen und für die Interessenvertretung in den Unternehmensaufsichtsräten zweier Gewerkschaften beraubt sind, die sich für den Bestand des dualen Systems und für den Erhalt der Arbeitsplätze in den privaten Krankenversicherungen einsetzen.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Ehlers, stimmte mit den Vertretern überein, dass sich das deutsche Gesundheitssystem in der Pandemie bewährt hat. Er sieht zudem die große Gefahr, dass eine Zerstörung Privaten Vollkostenversicherung eine deutliche Erhöhung der Lohnnebenkosten entstehen wird. Das schwächt die Deutsche Wirtschaft und damit den Arbeitsmarkt. Sebastian Ehlers sagte den Betriebsräten seine Unterstützung im Kampf gegen die Einheitsversicherung zu.

Auch aus Sicht der gesetzlichen Krankenversicherung, für deren Beschäftigte die DHV ebenfalls zuständig ist, würde die Einführung einer Einheitsversicherung unter dem Titel „Bürgerversicherung“ keinen Gewinn bringen. Sie würde auch die derzeitigen Träger der Gesetzlichen Krankenversicherung bedrohen und den Untergang der Ersatzkassen und sicher auch der Betriebskrankenkassen zur Folge haben. Der aktuelle Wettbewerb zwischen den Krankenkassen spornt die Träger zu kundenorientiertem Verhalten an. Der Schritt zu einer Einheitsversicherung ist ein Schritt zurück in dunkle Zeiten einer geteilten Republik.

Kunden einer solchen Einheitsversicherung sind dieser dann wieder ausgeliefert. Auch in dieser Hinsicht ist die Rolle der DGB Gewerkschaften, insbesondere von ver.di zu kritisieren.

* * * *

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.